

„Mit sieben Motoren statt einem“

ATTENDORN Förderschulausschuss folgt Verwaltung: kein kreisweiter Inklusionsplan

Der Verein „Olpe plus“ fand mit seinen Argumenten im Fachausschuss kein Gehör.

win ■ Selten war eine Sitzung des Förderschulausschusses des Kreises Olpe so gut besucht wie die am Montag: Gut 20 Zuhörerinnen und Zuhörer waren in die St.-Laurentius-Schule Attendorn gekommen, um die Sitzung zu besuchen, und aufgrund eines Heizungsdefekts mussten sie äußerst provisorisch auf Stühlen rund um eine Bühne Platz nehmen, im Blick im Wesentlichen die Beine der Ausschussmitglieder, die auf der Bühne saßen. Es waren Lehrerinnen und Lehrer, die im gesamten Kreis Olpe schon jetzt täglich mit den Folgen der Inklusion zu tun haben: Sie sind im so genannten „Gemeinsamen Unterricht“ tätig, wo nicht behinderte Kinder zusammen mit den Kindern unterrichtet werden, die bisher auf eine Förderschule angewiesen waren, deren Eltern aber schon jetzt die durch die UN-Behindertenrechts-Konvention vorgeschriebene Wahlfreiheit nutzen und ihr Kind an einer Regelschule unterrichten und betreuen lassen.

Eins vorweg: Die Zuschauer gingen unzufrieden nach Hause, denn obwohl sie kein Rederecht haben, machten sie mit Zwischenrufen und gemurmelten Missfallensäußerungen deutlich, dass das, was der Ausschuss da beschloss, nicht in ihrem Sinne war.

Wie berichtet, hatte die Kreisverwaltung eine Beschlussvorlage erstellt, der zufolge ein Kreistagsbeschluss von 2011

aufgehoben werden soll. Demzufolge soll es keinen kreisweit geltenden Inklusionsplan geben, sondern dies auf Ebene der sieben Städte und Gemeinden erledigt werden. Auch der vom Verein „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen – Olpe plus“ gewünschte Arbeitskreis „Inklusive Bildung“ soll nicht eingerichtet werden.

Landrat Frank Beckehoff führte aus, warum diese Beschlussvorlage so erstellt wurde und schob den „schwarzen Peter“ der Landesregierung zu. Nachdem 2011 der von ihm „Teilbeschluss“ betitelte erste Schritt getan worden sei, habe das Land durch extrem lange Beratungen und ein dann folgendes Gesetz, das die Erwartungen nicht annähernd erfüllt habe, dafür gesorgt, dass sich im ganzen Kreis bereits Grundschulen auf den Weg gemacht hätten, die inklusive Bildung voranzutreiben. „In jeder Kommune gibt es nun mindestens eine Grundschule mit mindestens einem Förderschwerpunkt“, so der Landrat. Nach dieser Entwicklung sei die Frage neu gestellt worden, ob ein kreisweiter Inklusionsplan überhaupt noch Sinn mache oder ob die Inklusion nicht als Gegenstand der Schulentwicklungsplanung dort entschieden werde, wo auch die gesetzliche Zuständigkeit liege: bei den Kommunen. „Die sind nämlich originär zuständig“, erklärte Beckehoff.

Durch die vom Kreis angepeilte Übernahme der Trägerschaft der bislang kommunalen Förderschule in Grevenbrück sei ein geregeltes Miteinander geklärt: Förderschulen auf Kreisebene, inklusive Schulen kommunal. „Das ist doch eine saubere, eindeutige Sache“, warb Beckehoff

für Zustimmung. „Die Erwartungshaltung der Antragsteller ist eine andere, aber es ist nun einmal so gekommen.“

Thomas Heinemann, Vorsitzender von „Olpe plus“ und beratendes Mitglied im Ausschuss, wiederholte zunächst die bereits schriftlich vorgebrachten Kritikpunkte und gab der Hoffnung Ausdruck, dass doch noch eine kreisweite Lösung zu machen sei. Das Hin- und Herschieben von Verantwortung schade letztlich den Kindern, es müsse doch möglich sein, im kleinsten Kreis Nordrhein-Westfalens eine einheitliche Lösung herbeizuführen. So sei es für den Verein viel schwieriger, mit sieben Ansprechpartnern zu kommunizieren als wenn alles in einer Hand liege. Der Landrat gab zurück, durch das Kreisschulamt sei ja gewährleistet, dass miteinander geredet werde. Am Ende zeichnete sich Zustimmung auf breiter Basis ab. Ausschussvorsitzender Friedhelm Zeppenfeld (CDU) versuchte, den Kritikern die Sache doch noch schmackhaft zu machen: „Inklusion bleibt für uns doch eine gute Sache. Jetzt geht es nicht mit einem, sondern mit sieben Motoren voran.“

Bei der Abstimmung sprachen sich die Ausschussmitglieder einhellig für die Verwaltungsvorlage aus. Lediglich Marina Bünting (Bündnis 90/Die Grünen) enthielt sich der Stimme. Sie hatte sich, in ihrer ersten Sitzung frisch vereidigt, auch in der Diskussion als einzige für eine kreisweite Lösung ausgesprochen.

Bevor der Beschluss rechtskräftig wird, müssen noch der Kreisausschuss (25. November) und der Kreistag (16. Dezember) darüber abstimmen.